

Beschluss des Stadtparteitages am 26.06.2020

Die Auswirkungen der Politik des neoliberalen Kaputtsparens sind auch im Bildungsbereich immer mehr spürbar. Einstellung von Kapazitäten in der Ausbildung von Lehrkräften, Mangel an Lehrkräften infolge Überalterung und gesundheitlicher Belastung, Ausfall ganzer Fächer in der Unterrichtsversorgung über mehrere Monate, fehlende Schulsozialarbeiter in den sog. Brennpunktschulen, der Mangel im Bildungsbereich zu Lasten unserer nachwachsenden Generation ließe sich fortsetzen. Die dafür politisch Verantwortlichen reagieren mit hilflosem Lavieren und gegenseitigen Schuldzuweisungen. So kann und darf es nicht weitergehen.

1. Der 7. Stadtparteitag der LINKE Magdeburg unterstützt daher alle Bemühungen, den bestehenden Lehrermangel zu überwinden, um den Kindern unseres Landes eine gesicherte bildungspolitische Zukunft zu geben. Insbesondere betonen wir die Forderung aus unserem Kommunalwahlprogramm, die gesamte Lehrer*innenausbildung wieder an der Magdeburger Universität zu ermöglichen.
2. Wir halten an kleinen Grundschulklassen fest, die maßgeblich durch unsere Stadtratsfraktion durchgesetzt worden sind. Sie dürfen weder dem akuten Lehrer*innenmangel noch fehlenden Schulstandorten geopfert werden.
3. Auch wenn das Ziel 170.000 Unterschriften für ein erfolgreiches Volksbegehren zu sammeln nicht erreicht wurde, fordern wir alle Genossinnen und Genossen auf, aktiv dazu beizutragen, dass die Zielstellung des Volksbegehrens für eine gute Bildung weiterhin energisch verfolgt und mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktivitäten flankiert wird.
4. Der Stadtvorstand ruft alle Genossinnen und Genossen im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf, sich besonders für eine wohnortnahe Schulstruktur einzusetzen. Kurze Wege für kurze Beine muss auch künftig vor allem im Grundschulbereich gelten. Die Planung der Schulbezirke muss darauf Rücksicht nehmen. Dabei sind die langfristigen Entwicklungen der Bedarfe, unter Berücksichtigung der Entwicklung der Geburtenzahlen und der entstehenden Siedlungsstrukturen festzustellen und geeignete Standorte durch einen engen Dialog mit den Eltern- und Schulkuratorien zu erörtern.
5. Eine Schulnetzplanung vom grünen Tisch her lehnen wir ab. Die Schulentwicklungsplanung muss Teil der gesamten Stadtentwicklung sein, wie es im Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) niedergeschrieben ist. Dazu zählen neben dem Wohnungsbau auch der Erhalt des Stadtgrüns, der Kaltluftschneisen, der Kleingartenanlagen.